

Protokoll des Fachgesprächs „Allgemeine und politische Weiterbildung“ am 15.1.2008 im Bürgerhaus Horner Geest

Unter dem Dach des Programms der Aktiven Stadtentwicklung und im Rahmen des Quartiersentwicklungskonzepts soll auf Initiative des Jugendamtes des Bezirks Hamburg-Mitte und des Billenetzes für den Entwicklungsraum Billstedt Horn ein Regionales Bildungskonzept verabschiedet werden. Die hierzu stattfindenden 13 Fachgespräche dienen der Konsensfindung und Erarbeitung von Ziel- und Maßnahmenkatalogen.

Das Billenetz hat hierzu eine Vorlage erarbeitet. Werden die dort aufgeführten Ziele und Maßnahmen von allen Beteiligten mitgetragen, und welche zusätzlichen Handlungsempfehlungen sollten mit in das Regionale Bildungskonzept aufgenommen werden?

Das Thema Allgemeine und politische Weiterbildung ist ein Querschnittsthema, das für alle Lebensphasen von jung bis alt und Bildungsschichten von bildungsnah bis –fern relevant ist.

Impulsreferate:

- 1) Hannelore Bastian, VHS Hamburg
- 2) Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg

Ad 1): Förderung allgemeiner und politischer Weiterbildung für bildungsferne Gruppen

Die Volkshochschulen (VHS) haben seit ihrer Gründung im Jahr 1919 den Anspruch, die kommunale Grundversorgung im Bereich Bildung abzudecken. Nach der Maxime „Demokratie braucht Bildung für alle“, wurden die VHS eingerichtet. Dieser Grundsatz gilt noch heute, auch wenn im Rahmen der Hamburger Haushaltssanierung im Jahr 2005 1/3 der Gelder gestrichen wurden. Der Kürzung fiel u. a. der nachholende Hauptschulabschluss zum Opfer.

Die kommunale Grundversorgung ist somit gefährdet und in der Freien und Hansestadt Hamburg nicht durch Gesetze, wie sie z.B. in NRW existieren, geschützt.

Die VHS soll Zugänge schaffen und Orientierung bieten und deckt ein großes, angebots- und nachfragerorientiertes Themenspektrum ab. Sie ist integrativer, generationenübergreifender Ort mit milieuspezifischer Ausrichtung. In HH gibt es derzeit 200 Standorte, davon 13 eigene, der Rest vor allem in Schulen. Die dezentrale Struktur bewirkt einen hohen Bekanntheitsgrad und lokale Einbindung. Die Finanzierung muss zu 55 % selbst erwirtschaftet werden (Teilnehmerentgelte). Sämtliche Zuschüsse für Ermäßigungen wurden gestrichen. Infolgedessen wurden 1/3 der Personalstellen eingespart.

Auswertungen ergeben, dass der Kursbesuch und die Wahl des Kursinhaltes bei den Teilnehmern zu 70% „privat“, 10 % „beruflich“ und 20 % „sowohl als auch“ motiviert ist. Der Trend besteht zur Auflösung dieser Trennung, die so genannten „soft skills“ bzw. weiche Kompetenzen können in verschiedenen Kursen entwickelt werden und für das Berufsleben genutzt werden.

Für den Bereich „politische Bildung“ ist eine Nachfrage derzeit sehr schwer zu wecken.

Der Anspruch der VHS existiert jedoch noch und manifestiert sich in neuen Formen und Projekten.

Je höher der Grad der Vorbildung, desto höher ist die Bereitschaft zur Weiterbildung. Die aufsuchende Bildungsarbeit in Stadtteilen, wie z.B. in Steilshoop ist zurückgefahren worden.

Vom 13 Mio.- Budget der VHS fließen 12 % in „Benachteiligten“-Bildung wie in Billstedt, wo z.B.

Analphabetenkurse für Deutsche abgehalten werden. Mit Drittmitteln werden Projekte wie eine Online-Plattform als Selbstlernzentrum entwickelt. Hierfür gibt es ein Best Practice Beispiel im Hamburger Westen: das Selbstlernzentrum Osdorfer Born. Die notwendige lokale Vernetzung bringt Synergieeffekte, ist aber personalintensiv. Die pädagogischen Mitarbeiter werden aus einem Stellenpool für ganz Hamburg eingesetzt.

Grundsätzlich werden für Bildungs-Benachteiligte die Einstiegsmotivation fördernde Angebote bereitgestellt, wie z. B. Computerkurse oder Schüler-Coaching. Im sog. „Self-Assessment“ sollen Menschen mit geringen formalen Qualifikationen Hilfen zum Lebensmanagement, zur Streitschlichtung und Stadtteilkenntnisse erhalten. Interkulturelles Lernen und Deutsch als Fremdsprache sowie Mütterkurse sind ebenfalls im Angebot.

Rangfolge der Veranstaltungen in Billstedt nach Teilnehmern:

1. Gesundheit/ Sport
2. Fremdsprachen
3. Kultur
4. Deutsch als Fremdsprache
5. Multimedia
6. Politik
7. EDV/Beruf

Um ein Grundbildungszentrum zu installieren, bräuchte die VHS Drittmittel, z.B. im Rahmen von ESF-Projekten wie z. B. einem „Türkisch-Deutschen Frauengesprächskreis“ oder „Älterwerden für Migranten“.

Eine Untersuchung zu den MOSAIC Milieus in Hamburg - einer Methode zur Einordnung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten nach Einkommen und gruppenspezifischen Verhaltenskriterien - zeigt, dass in Billstedt hauptsächlich wenig bildungsaffine Schichten vorkommen, deren Bedarf genau ermittelt werden müsste. Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen Teil der unterschiedlichen Milieus. Sie verstehen sich mit Deutschen Einwohnern innerhalb desselben Milieus oft besser als mit Migranten anderer Milieus.

Fazit: Der Bedarf der Teilnehmer in bildungsfernen Schichten ist förderbedürftig. Eltern bilden sich weiter und können Vorbild für ihre Kinder sein.

➔ Weitere Handlungsempfehlungen siehe verteiltes Thesenpapier

Nachfragen/Anmerkungen:

Rüdiger Winter: Das heutige Thema ist ein Querschnittsbereich sämtlicher Formen von Bildung. Die VHS als öffentlicher Bildungsträger per se hat eine Leitfunktion. Durch kommunale Lernzentren und entsprechende Weiterbildungsstrukturen können Bildungschancen erhöht werden. Im Entwicklungsraum sollte Weiterbildung stärker gefördert werden. Die Landeszentrale für politische Bildung hat derzeit nur 2 Stellen, jegliche Bildungspolitik in HH wird derzeit nur von der Schulbehörde, jetzt Behörde für Bildung und Sport betrieben. In Bezug auf die Region Billstedt/Horn mit seinen 100.000 Einwohnern müssen demnach zentrale Fragen an die Landesregierung gerichtet werden. Die Familienbildung ist derzeit bei den Elternschulen angesiedelt. Die entsprechende Richtlinie muss aufgebohrt und ein neues Weiterbildungsgesetz gefordert werden.

Hannelore Bastian: Im Bereich der IBA bzw. im Rahmen des Sprungs über die Elbe wurde der Bereich Bildung in die Konzeption mit einbezogen.

Bettina Rosenbusch: Die Bildungskonzepte zu IBA und IGS wurden erst nach jahrelangem Bemühen vor Ort in die Programme integriert.

Birgit Sokolowski: Welche konkreten Ziele gibt es dort?

Hannelore Bastian: Es wird ein Weiterbildungszentrum ähnlich des Konzeptes Bilden, Beraten, Betreuen (BBB) entstehen.

Bernd Schmidt: In Wilhelmsburg wird im Rahmen der Bauausstellung viel Geld investiert werden: In der Region Billstedt/Horn bräuchte es ein Äquivalent.

Rüdiger Winter: Deswegen sollten konkrete Projektvorschläge in der Senatsdrucksache formuliert sein.

Ad 2) Politische Bildung und lokale Entwicklungsprozesse (Rüdiger Winter)

Mit Politischer Bildung wird oft eine bestimmte Wertorientierung und Färbung assoziiert, geht die daraus folgende Gleichung „Politik = Parteipolitik = ideologisch“ jedoch auf?

Angesichts der großen Zahl an Anbietern kann man dies anzweifeln: Unterschiedliche Träger sind z.B.:

- Parteinaher Träger/Stiftungen
- Einrichtungen der Sozialpartner
- Konfessionelle Einrichtungen
- Freie Träger
- Öffentliche Träger wie z.B. Arbeit und Leben (VHS und Gewerkschaft)

Ziele politischer Bildung sind:

- Demokratische Gestaltung sozialer Entwicklungsprozesse
- Orientierung vermitteln
- Interesse wecken, eigene Interessen erkennen und aktivieren
- Identifikation
- Empowerment: Potenziale und Ressourcen aktivieren
- Soziale Integration

Projektbeispiele:

- Seit den 70er Jahren Unterstützung von Bürgerinitiativen und Mieter-Interessengemeinschaften, z. B. in Großlohe (seit 1990er Jahren)
- Frauen- und Mädchentreffen
- Stadtteilzeitung
- Jugendarbeitskreis Horn
- Jugendparlament Horn (z.B. Wochenendseminare)
- Polnische Gemeinde Rothenburgsort
- Politisches Café HdJ Manshardtstraße
- Integrationstraining mit Jugendmigrationsdienst Billstedt
- Elektrotechnisches Studio (Elektronik mit Migranten eher Berufsorientierung, Förderung der soft skills)

Prinzipien:

- Enge Kooperation mit örtlichen Einrichtungen
- Niedrigschwelliges Angebot
- Integrierte Angebotsformen mit Mischung vieler Bildungsbereiche wie Persönlichkeitsentwicklung, berufsbezogene Inhalte, soziales und politisches Engagement zusammen gedacht.

Potenziale:

- Gewährleistung von Qualitätsstandards
- Pädagogische Kompetenz
- Bestehende Konzepte für Seminare und Projekte
- Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
- Genderfragen
- Bedarfsorientierte Entwicklung von Angeboten
- Kooperationsmöglichkeiten mit Programmen zur Gewaltprävention (z.B. REBUS, ASD)
- Verbindung lokaler Problemlösungskompetenz mit europäischer Integration (z.B. Praktikanten-Programme)
- Grenzüberschreitende Maßnahmen

Im Diskussionspapier sollte festgehalten werden, dass es einer Verbesserung der wohnortnahen, dezentralen, niedrigschwelligen Weiterbildungseinrichtungen mit sicherer Finanzierung wie in anderen Bundesländern bedarf.

Diskussion von Handlungsempfehlungen anhand von Karten (neue Karten in FETT):

- Gemeinsame Strategie für bedarfsgerechte Angebote
- **Kommunales Bildungsforum**
- **Kooperation und Abstimmung zwischen Bildungseinrichtungen**
- **Bedarfsgerechte Angebotsstruktur**
- Finanzielle Ressourcen
- Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung/ Weiterbildung ausbauen/ Dezentrale Info und Beratung
- **Befragung der Zielgruppen**
- **Bildungsmarketing**
- **Bildungsplanung in Stadtteiltreffs**
- **Weiterbildungs-Beratungsstelle vor Ort**
- **Austausch über Website?**
- „Peer-to-peer“-Ansprache/ Bildungsbotschafter
- Vielfalt der Formen und Methoden ausbauen: vom Seminarcharakter zur Ermöglichungspädagogik
- Anpassung von Förderrichtlinien/ Verwaltungsvorschriften nach realen Lebensbedingungen/ gesetzliche Regelung außerhalb des SGB VIII -> neues Weiterbildungsgesetz
- BBS und Landeszentrale für politische Bildung-> Entwicklungsraum
- **Stärkerer Einbezug der politischen Ebene**
- **Tag der offenen Tür an Schulen/Kitas zu Infos nutzen**
- **Vielfalt der Formen und Methoden ausbauen**
- **Lokale Feste, z.B. Spielplatz mit Bildungsinfos**
- **Zusammenarbeit mit SAGA**
- **Mobiles Beratungsteam**
- **Bildungsmarketing für Multiplikatoren**
- **Synergieeffekte durch Stadtteilhaus**
- **Angebot <-> Nachfrage**
- Nachholen des Hauptschulabschlusses/**Grundbildung stärken:**
-> Ergänzung: Entsprechende Kurse dafür gibt es momentan an der Schule Holzdamm und an der Abendschule vor dem Holstentor. Durchgefallene Kandidaten (sog. „Dropouts“) kommen mit negativer Schulerfahrung zur VHS. Deswegen braucht es stadtteilnahe Einrichtungen, nicht ausschließlich VHS, die den „Dropouts“ verlässliche Bedingungen - modularisiert und individualisiert - bietet. Im Entwicklungsraum haben 20 % der Abgänger keinen Abschluss. Zur Lösung dieses Problems bedarf es des entsprechenden politischen Willens.

Diskussion:

Bettina Rosenbusch: Kernthemen sind der Hauptschulabschluss (HS) und Sprachförderung. Diese Angebote müssen wohnortnah und niedrigschwellig sein. Starkes Gewicht muss der HS-abschluss haben, da ohne HS-abschluss die Berufschancen sehr gering sind.

Rüdiger Winter: Die große Bildungsinitiative der Bundesregierung soll hier Perspektiven aufzeigen.

Hannelore Bastian: Die Grundbildung muss gestärkt werden, da viele später nicht mehr erreicht werden.

Bernd Schmidt: Wer sind die kommunalen, nicht hamburgweiten Bildungsträger? Wie bekommt man die Angebote an die Zielgruppe? Wie kriegt man Markt und Teilnehmer zusammen?

Hannelore Bastian: Kann man Bildungsangebote auch über den Stadtteil erschließen? Was hält die Stadt bereit?

Kerstin Schumann: Es gibt viele Programme, die in Zusammenarbeit mit Multiplikatoren an die Zielgruppe gebracht werden. Wie werden jedoch die erreicht, die bisher nicht teilnehmen?

Welche Interessen haben potenzielle Bildungsteilnehmer? Hier wäre eine qualitative Befragung der Zielgruppe nach deren eigenen Interessen sinnvoll.

Rüdiger Winter: Über ein „Bildungsforum“ und Marketingmaßnahmen kann die derzeit atomisierte Struktur des Angebots wieder zusammengeführt werden. Um politische Durchsetzungskraft zu erzeugen, sollte eine gemeinsame Strategie und eine schlanke Form gefunden werden.

Hannelore Bastian: Sinnvoll wäre evtl. eine Website

Uschi Roth: Es existieren diverse Homepages, die direkte Ansprache über die Einrichtungen funktioniert jedoch am Besten. Innerhalb der Institutionen kann eine Plattform sinnvoll sein.

Bettina Rosenbusch: Multiplikatoren könnten die Themen in die Stadtteilkonferenz einbringen. Ein Bildungsforum könnte zusätzlich einmal im Jahr stattfinden. Bildungsferne Schichte könnten über die Bildungsbotschafter erreicht werden. Es kommt dabei auf die Vermittlung von Spaß an. Die gesamte Problematik hat verschiedene Lösungsebenen.

Susanne Hüttenhain: Ziel könnte ein Bildungshaus im Stadtteil im Zusammenhang mit Café, Bücherhalle usw. sein, in dem Kommunikation stattfinden kann.

Dogan Kilickaja: Bisher fehlt ein schlüssiges Konzept. Es fehlen Infos über Jugendarbeit im Stadtteil, eine Anlaufstelle für die Jugendlichen ist notwendig, zum Teil wurden Beratungsstellen eingespart, deren Klientel nun nicht betreut wird.

Kerstin Schumann: Die Programme werden versandt, nur deren Wahrnehmung muss verstärkt werden. Die politische Ebene muss mit einbezogen werden, alle Bildungsformen müssen unterstützt werden. Die Richtlinien müssen dementsprechend aufgeweicht werden, hier muss die BBS angesprochen werden. Integrative Angebote sollten nicht an Formalien scheitern. Ebenso muss deren Finanzierung gesichert sein.

Rüdiger Winter: Neben der Verteilung von Infomaterial sind Zusatzinfos und der Austausch bzw. die Erläuterung und das Gespräch über das Angebot nötig. Die Bürgerhäuser müssen mit Leben gefüllt werden. Hierzu bedarf es eines Managements, nicht nur investiver Mittel für Baumaßnahmen. Für das Konzept bzw. die Senatsdrucksache müssen konkrete Projekte mit „Hausnummern“ (Finanzierungssumme x) überlegt werden.

Susanne Hüttenhain: Leuchtturmprojekte machen Sinn, jedoch sind weniger imageträchtige Häuser, die kontinuierlich arbeiten, genauso wichtig. Im Bürgerhaus finden z.B. politische Treffen, Mieterberatung und private Feiern statt, derzeit aber noch kein Bildungsangebot.

Hannelore Bastian: Weiterbildung Hamburg e.V. in der Langen Reihe (St. Georg) hat einen Überblick über Weiterbildungseinrichtungen. In großstädtischen Einzugsgebieten braucht es dezentrale Beratungsstellen, die vor Ort beraten. Dies könnte z.B. eine Zweigstelle von Weiterbildung HH sein.

Bettina Rosenbusch: Zusätzlich wären mobile Beratungsstellen sinnvoll, die in die Einrichtungen vor Ort kommen, da sich die Bewohner nur lokal bewegen.

Rüdiger Winter: Die festen Einrichtungen sind jedoch trotzdem wichtig.

Uschi Roth: Zum Beispiel könnten im Frauen-Internetcafé verschiedene Angebote auch für Migrantinnen präsentiert werden.

Hannelore Bastian: Die Beratungseinrichtungen sollten in bereits existierende integriert bzw. angedockt werden.

Anneke Gräper: Es muss ein Spaß bringender Anreiz geschaffen werden, wie z. B. Feiern, Musikveranstaltungen, Theater usw., um bildungsferne Schichten anzulocken.

Hannelore Bastian: Bei Elternabenden sollten Fragebögen verteilt werden. Schule ist ein sehr geeigneter Ort.

Uschi Roth: Über die Wohnungsgesellschaften und kleine Stadtteilfeste können einzelne Bewohner wie z.B. Spielplatzbetreuer erreicht werden.

Anneke Gräper: In der Zeitschrift „Aktiv Wohnen“ werden lokale Feste, z.B. auf dem Spielplatz angekündigt.

Holger Weidemann: Man sollte die Tage der offenen Tür an den Schulen nutzen.

Rüdiger Winter: Welche Termine gibt es, wer macht die Feste? Hier muss eng mit den Akteuren kooperiert werden.

Rudolf Menzel: Mit einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung kann man die Nachfrage der verschiedenen Milieus im Stadtteil ermitteln. Anschließend muss eine sinnvolle Umsetzung anvisiert werden.

Bettina Rosenbusch: Im Projekt wake-up im Legien-Center wurden des Deutschen kaum mächtige Migrantinnen angesprochen, inzwischen ist ein Deutsch-Kurs von der VHS dort initiiert. Eine wissenschaftliche Erhebung ist nicht unbedingt notwendig, zunächst sollten die offensichtlichen Bedürfnisse bedient werden, oft entwickeln sich schrittweise weitere Bildungsinteressen, man sollte vom nahe liegenden ausgehen und Mund-zu-Mund-Propaganda für sich arbeiten lassen.

Anneke Gräper: Diese individuellen Angebote und eine Studie können nebenher laufen.

Rudolf Menzel: Die praktische Arbeit kann ausgeweitet werden, um verschiedene Milieus zu erreichen, zunächst sollte man kleinteilig arbeiten.

Kerstin Schumann: Nicht nur Nöte und Missstände, auch andere Interessen, sollten behandelt werden, ein Lernzuwachs sollte gewollt sein.

Anneke Gräper: Hierzu ist eine langfristige Finanzierungssicherheit notwendig, um die Motivation zu erhalten.

Rüdiger Winter: Bildungsmarketing darf nicht nur in Richtung der Zielgruppe „Bildungsferne“ sondern auch an Multiplikatoren gerichtet sein.

Bettina Rosenbusch: Die Multiplikatoren sollten Bildungsangebote gezielt weitervermitteln. Im Moment ist zu wenig bekannt, was es alles gibt.

Jürgen Beste: Man sollte ein Register erstellen, um den Eltern die Angebote zeigen zu können.

Bettina Rosenbusch: Es gibt die WISY-Datenbank (wisy-hamburg.de)

Abschließende Information:

Rüdiger Winter: Es sind nur noch 3 Wochen Zeit für die Erstellung der Vorlage für die Senatsdrucksache, die an die STEG geleitet wird. Bis Ende März müssen kleine, handhabbare Projekte mit Kostenplan und Beschreibung eingereicht werden.

Bernd Schmidt: Es wird eher Betriebsmittel, weniger investive Mittel geben.

Protokoll: Martin Pauli